

*Der Anschluß Höringhausens an den
waldeckischen Kreis des Eisenbergs.
Heinrich Figge*

Geschichte und Geschichten von Höringhausen.

10012 Die 1920er Jahre Teil 3.

Der Anschluß Höringhausens an den Kreis des Eisenbergs.

Diese großflächige Anzeige fand ich am 26. 11. 2019 im Stadtarchiv Korbach. Sie war mir schon lange bekannt und war der Grund meiner Nachforschungen im Stadtarchiv Korbach ab 2016.

Zunächts hatte ich sie in der WLZ, Jahrgang 1928, nicht gefunden, habe aber weiter in allen Ausgaben der WLZ nach Berichten über unser Dorf gesucht.

Dem Stadtarchivar Korbachs, Wolfgang Kluß, und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danke ich für die freundliche Aufnahme und Unterstützung.

1929 wurde der Freistaat Waldeck dem Land Preußen angeschlossen. Im Vorfeld wurden Pläne über die Zuordnung Höringhausens, das als Enklave zum preußischen Kreis Frankenberg gehörte, bekannt. Die für die Verwaltung zuständige Kreisstadt war Frankenberg und das sollte nun Arolsen und der waldeckische Kreis der Twiste werden. Damit waren die Höringhäuser nicht einverstanden, sie wollten, vernünftiger Weise, zum Kreise des Eisenbergs mit der Kreisstadt Korbach.

In einem, nach Professor Dr. Menk „flammenden Schreiben“, wandten sie sich schon am 27. 02. 1927 an die Regierung und der Bürgermeister fuhr nach Berlin: Die Grundlagen für die ein Jahr später, am 28. 02. 1928 erschienene Anzeige „Ein Notschrei aus Höringhausen“, sind aus dem Schreiben vom 27. 02. 1927 entnommen. Es sind 1928 noch 2 „Offene Worte“ in der WLZ erschienen.

Ein Notschrei aus Höringhausen!

Die Bevölkerung der Enklave Höringhausen ist entrüstet über die Absicht, sie an den Kreis der Twiste anzuschließen. In ihrer Not hat sie nunmehr nachstehende Eingabe an die waldeckische Landesvertretung gefandt. Gleichzeitig ist folgenden Stellen Abschrift dieser Eingabe mit der Bitte um Unterstützung zugegangen: 1. an den Herrn Landesdirektor in Arolsen, 2. an die drei Herren Landräte in Waldeck, 3. an den Herrn Landrat in Frankenberg, 4. an den Herrn Regierungspräsidenten, 5. an den Herrn Oberpräsidenten, 6. an den Herrn Minister des Innern.

Eingabe der Bevölkerung von Höringhausen wegen Anschluß Waldecks an Preußen.

Höringhausen, den 25. Februar 1928.

Vor kurzem ist der Entwurf eines Vertrages zwischen Preußen und Waldeck veröffentlicht worden, in welchem vorgelesen ist, daß die Enklave Höringhausen mit dem künftigen preußischen Kreise der Twiste vereinigt wird. Diese Bestimmung des Vertrages gibt uns Veranlassung, folgendes vorzustellen:

unbedingtes Gebot einer vernünftigen Verwaltungsreform bezeichnen, daß Höringhausen hinfort von seiner Nachbarstadt Korbach verwaltet würde.

Die Entfernungen ergeben sich aus folgender Uebersicht:

- a) Landweg Höringhausen—Korbach ca. 10 Km.; Landweg Höringhausen—Arolsen ca. 17 Km.
- b) Eisenbahn Höringhausen—Korbach ca. 10 Km.; Eisenbahn Höringhausen über Korbach—Arolsen ca. 29 Km.
- c) Fahrgehalt Eisenbahn 4. Kl. Höringhausen—Korbach 0,40 R.M., Fahrgehalt Eisenbahn 4. Kl. Höringhausen—Arolsen 1,10 R.M.
- d) Fahrgehalt Postauto Höringhausen—Arolsen 1,60 R.M.

Hieraus kann entnommen werden, daß der Anschluß an den Twisterkreis zunächst einmal für jeden einzelnen Bürger eine Mehrbelastung bedeutet. Ein Besuch beim Landratsamt in Arolsen würde 2,20 oder 3,20 R.M. kosten. Außerdem aber würde jede Fahrt nach Arol-

WLZ 17. 02.
1928

Höringhausen zum Twister Kreis?

Höringhausen, 14. Febr. In den letzten Wochen hörte man gelegentlich, daß die Absicht bestehe, Höringhausen beim Anschluß Walbeds an Preußen dem Kreise der Twiste anzuschließen. In der heutigen Landeszeitung steht nun im Vertragsentwurf, daß tatsächlich Höringhausen zum Twister Kreise kommen soll. Da sieht man wieder einmal, wie die Herren am grünen Tisch Entschlüsse fassen, die mit dem praktischen Leben im trassen Widerspruch stehen. Um dem im Niedergang begriffenen Arosen eine Freude zu machen, zieht man die Kreisgrenzen willkürlich ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse und Wünsche der Bevölkerung von Höringhausen. Wir Höringhäuser haben an Arosen und dem Twister Kreise keinerlei Interesse und man soll sich nur nicht einbilden, durch den Anschluß an den Twister Kreis würde Arosen irgend etwas gewinnen. Wir besorgen von altersher unsere Geschäfte in Corbach und werden das in Zukunft immer so machen. In Corbach sind die für uns wichtigen Behörden, Finanzamt, Amtsgericht, Arbeitsgericht, Schlichtungsausschuß, in Corbach verdienen die Arbeiter aus Höringhausen ihr Brot. Will man etwa den Höringhäusern zumuten, den Herren aus dem Twister Kreise zuliebe teures Jahrgeld nach Arosen auszugeben, wo Corbach so nahe ist? Wir müssen und werden uns an alle Behörden wenden, um diese unsinnige Kreiseinteilung zu verhindern. Die Zuteilung an den Twister Kreis ist jedenfalls die ungünstigste Lösung für Höringhausen, die es gibt. Da wäre es schon besser, wir blieben bei Frankenberg oder kämen zum Ederkreis. Das Allerrichtigste aber ist natürlich der Anschluß an den Eisenberger Kreis. Wir müssen sofort die nötigen Schritte unternehmen und die Entschlüsse vom grünen Tisch verhindern.

Einige Bürger aus Höringhausen

Eingesandt.

Höringhausen, 16. Februar 1928.

Höringhausen gehört an den Eisenberger Kreis!

Was die Bürger aus Höringhausen in dem Eingesandt in der Mittwoch-Nummer der Landeszeitung gesagt haben, ist sehr richtig. Ueber die unsinnige Kreiseinteilung muß man wirklich erstaunt und empört sein. Denken sich die Herren eigentlich, sie könnten die Striche auf der Landkarte ziehen, wie es ihnen gerade einfällt? Bis 1866 gehörten wir zu Hessen-Darmstadt und unsere Väter mußten nach Gießen zum Landgericht und nach Darmstadt zur Regierung. Jetzt leben wir doch in einem modernen Staatenwesen, in dem Rücksicht auf die Untertanen genommen wird, mehr als früher, das scheint aber nun doch nicht so zu sein, sonst würde man nicht solche verkehrten Reformen machen. Wir Landwirte aus Höringhausen haben mit Urossen nichts zu tun. Wir sind mit dem Kornhaus in Corbach, mit der landwirtschaftlichen Schule in Corbach und mit dem Eisenberger Kreise eng verbunden und befreundet. Jetzt will man uns unnötiger Weise Kosten machen. Da müssen wir uns wehren. In Höringhausen gibt es keinen einzigen Bauern, der für den Anschluß an den Twister Kreis ist, und die Handwerker, Kaufleute und Arbeiter denken genau so. Wir hoffen und wünschen, das der Landwirtschaftliche Kreisverein für den Eisenberger Kreis und die Kreisgruppe des Landbundes, denen wir doch in Zukunft angehören werden, schon jetzt unsere Interessen vertreten und dafür sorgen, daß wir an den Eisenberger Kreis kommen. Jedenfalls dürfen wir uns nicht einfach verschieben lassen.

Die Landwirte aus Höringhausen.

27. 02. 1927. Das Schreiben der Höringhäuser an die Regierung.

252

Der Bürgermeister

Höringhausen, den 27 Februar 1927.

Anschluß der preussischen
Enklave Höringhausen an den
Kreis des Eisenbergs beim
Anschluß Waldeck's an Preu-
ßen.

Der Landesdirektor Arolsen.
Empf. 28 FEB 1927
RB No. 574 Arl. 21

Anliegend überreichen wir
ergebenst Abschrift einer Eingabe
an die Waldeckische Landesver-
tretung mit der Bitte, sich da-
für einsetzen zu wollen, dass
die Enklave Höringhausen dem Krei-
se des Eisenbergs angeschlossen
wird.

Styge

J. K. V.

An. J. 29.2.27.

J. K. V. (unintelligible)

v. K.

An
Herrn Landesdirektor
in
A r o l s e n

Da die Kopien sehr schlecht sind, hier von mir eine Abschrift: An die Waldeckische Landesvertretung in Arolsen.

Vor kurzen ist der Entwurf eines Vertrages zwischen Preußen und Waldeck veröffentlicht worden, in welchen vorgesehen ist, daß die Enklave Höringhausen mit dem künftigen preußischen Kreise der Twiste vereinigt wird. Diese Bestimmung des Vertrages gibt uns Veranlassung, folgendes vor zu stellen: Schon im Laufe der letzten Monate, als die Verhandlungen über den Anschluß stattfanden, tauchte gelegentlich das Gerücht auf, Höringhausen solle dem Twister Kreise angeschlossen werden. Schon damals rieten viele Stimmen in Höringhausen, sich dagegen zur Wehr zu setzen.

Wir unternahmen jedoch außer einer Eingabe an den Herrn Regierungspräsidenten in Kassel nichts, da wir einfach nicht glauben konnten, daß an dem Gerücht etwas Wahres sei. Nun ersehen wir aus dem Entwurf eines Anschlußvertrages, daß die für unglaublich gehaltene Gebietseinteilung sogar im Vertragsentwurf Aufnahme gefunden hat. Das, was wir bisher für einen schlechten Witz oder als eine Drohung aufzufassen geneigt sind, wird als ernsthaft zur Durchführung ins Auge gefaßt. Wir müssen daher gegen diese Absicht ganz energisch Verwahrung einlegen und dringend bitten den Vertragsentwurf in dieser Hinsicht, einer Revision zu unterziehen. Höringhausen gehörte bis zum Jahre 1866 zu Hessen - Darmstadt. Unsere Väter mussten noch zur Regierung nach Darmstadt, und zum Gericht nach Gießen reisen. Dieser, aus der Deutschen Kleinstaaterie sich ergebende Zustand wurde zwar im Jahre 1866 etwas verbessert, aber immer noch befand sich Höringhausen in einer unglücklichen Lage. Als kleine Enklave rings umgeben von Wadeckischen Staatsgebiet befand sich die Bevölkerung von Höringhausen isoliert von der Preußischen Verwaltung, zu der es gehörte. Wegen seiner verhältnismäßig geringen Einwohnerzahl konnte die Landgemeinde Höringhausen keine eigene Verwaltungsorganisation sich schaffen, so daß die Einwohner das Landratsamt in Frankenberg als die für sie zuständige Verwaltungsstelle betrachten mußten. Besondere in der Kriegs - und Nachkriegszeit ergab sich eine Fülle von Aufgaben, die das Frankenger Landratsamt für die Höringhäuser Bevölkerung leisten mußte. Die ganzen Kriegsernährungsarbeiten, die Kriegsopferversorge, das Versicherungswesen, die Wohlfahrtspflege, alles das wurde auf dem Landratsamt Frankenberg erledigt. Um nach Frankenberg zu gelangen, muß aber die Bevölkerung über die Kreisstadt Corbach 40 Km. fahren. Für eine Auskunft beim Landratsamt in Frankenberg muß ein Höringhäuser allein an Fahrgeld 4. KL. 3,— RM. zahlen, ganz abgesehen von den sonstigen mit einer derartigen lästigen Reise verbundenen Ausgaben und dem Zeitverlust. Es ist daher verständlich, daß die Bevölkerung von Höringhausen schon lange den Wunsch hatte nach einer Neugliederung. Schon lange sehnte sie den Tag herbei, an dem sie dem Waldeckischen Gebiete angeschlossen werden würde. Als nun die Anschlußverhandlungen zwischen Waldeck und Preußen eröffnet wurden, freuten wir uns in der Erwartung, nun in Kürze zur Kreisstadt Corbach zu gehören. Zu unserer Bestürzung erfahren wir aber, daß ein Anschluß nach Arolsen erfolgen soll.

Wie man auf die Idee kommen kann, ein derartige Einteilung vorzunehmen, ist uns gänzlich unbegreiflich. Man hat dabei offenbar irgend welche Lokalinteressen in den Vordergrund geschoben unter gröblicher Verletzung des Gemeinwohls. Das Wohl und Wehe der Bevölkerung von Höringhausen will man mißachten; ja man muß sagen, mit Füßen treten !

Man glaubt geradezu, Höringhausen sei vom Schicksal ausersehen, nicht nach Gründen des Allgemeinwohls, sondern nach Willkür verwaltet zu werden.

Höringhausen, 1866 von der Verwaltung in Hessen-Darmstadt, nunmehr auch bald der Verwaltung von Frankenberg entronnen, soll in Zukunft von Arolsen aus geleitet werden, ein Laie und Fernstehender würde ohne weiteres es als selbstverständlich, sowie als unbedingtes Gebot einer vernünftigen Verwaltungsreform bezeichnen, daß Höringhausen hinfort von seiner Nachbarstadt Corbach verwaltet würde. Zustand wurde zwar im Jahre 1866 etwas verbessert, aber immer noch befand sich Höringhausen in einer unglücklichen Lage.

Die Entfernungen ergeben sich auß folgender Übersicht:

- a) Landweg Höringhausen - Corbach = ca. 10 Km.
- " - Arolsen = ca. 17 "
- b) Eisenbahn " - Corbach = ca. 10 "
- " über Corbach - Arolsen = ca. 29 "
- c) Fahrgeld Eisenbahn 4. Kl. Höringhausen – Corbach = 0,40 RM.
- Fahrgeld „ 4. Kl. - Arolsen = 1,10 RM.
- d) Postauto Höringhausen – Arolsen = 1,60 RM

Hieraus kann entnommen werden, daß der Anschluß an den Twisterkreis zunächst einmal für jeden einzelnen Bürger eine Mehrbelastung bedeutet. Ein Besuch beim Landratsamt in Arolsen würde 2,20 oder 3,20 RM. kosten.

Außerdem würde jede Fahrt nach Arolsen einen Leerlauf bedeuten, denn die Höringhäuser Bürgerschaft hat in Arolsen keine weiteren Geschäfte zu erledigen, während sie in Corbach eine Fülle von von Angelegenheiten schon jetzt täglich abzuschließen hat. Im Januar 1928 wurden vom Bahnhof Höringhausen Fahrkarten ausgegeben:

Nach Arolsen = 13 Stück

" Corbach einfache Karten = 906 Stück

Monats - und Wochenkarten = 234. Stück

Alle wirtschaftlichen Bemühungen unserer Bürger haben sich nach Corbach entwickelt. Die Landwirtschaft erledigt hier ebenso ihre Geschäfte wie das Handwerk und die Gewerbetreibenden. Die Arbeiter aus Höringhausen sind in Corbacher Betrieben, insbesondere in der Gummiwarenfabrik beschäftigt.

Wie innig die wirtschaftliche Verbundenheit mit Corbach geworden ist, zeigen deutlich die geschäftlichen Beziehungen mit der Kreissparkasse, der Bank der Landwirte und des Kornhauses mit Höringhausen. Es sei nur erwähnt, daß bei der Kreissparkasse in Corbach allein 175 Konten aus Höringhausen gehalten werden, daß es von jeher üblich war, die Mündelgelder aus Höringhausen bei der Corbacher Kasse anzulegen.

Die Landwirte und Handwerker schicken ihre Söhne auf die Corbacher Landwirtschaftliche - und Berufsschule, während die Töchter die Corbacher höhere Mädchenschule besuchen. Die Fahrt zur Kreisbehörde nach Corbach würde daher überhaupt nicht besonders zu veranschlagen sein, da ja ohne hin ein dauerndes Hin - und Her zwischen Höringhausen und Corbach stattfindet. Mit Vorstehendem glauben wir genügend dargetan zu haben, daß ein Anschluß Höringhausens an den Kreis der Twiste eine jeder rationellen Verwaltungsreform zuwiderlaufende geradezu unsinnige und die Bevölkerung schädigende und verbitternde Maßnahme sein würde.

Wir bitten daher die zuständigen Stellen dringend, die nach Lage der Dinge allein tragbare, zweckmäßige und notwendige Verbindung Höringhausens mit dem Kreis des Eisenbergs und damit mit der Kreisstadt Corbach herbeizuführen.

Die Gemeindevertretung :

**Der Gemeindevorstand: gez. Figge, Bürgermeister,
Schluckebier, Eierdey, Sammet, Falke,**

Die Gemeindeverordneten :

**Friedrich Schütz, Albert Rennert, Chr. Lückel, Fr. Wäscher,
Hermann Katzenstein, Konrad Merhof, Wilhelm Dreier, H. Frese**

Der Schulvorstand :

H. Figge, H. Meyer, Heinrich Reddehas

Der Kirchenvostand :

Friedrich Müller, L. Berthold, Fr. Reddehas, H. Schluckebier

Für den Handwerker – und Gewerbeverein :

Chr. Lückel, Hermann Katzenstein, Chr. Meiyer, Wilh. Dreier

Für den Bauernverein :

Schluckebier, H. Frese

Für die Arbeiter :

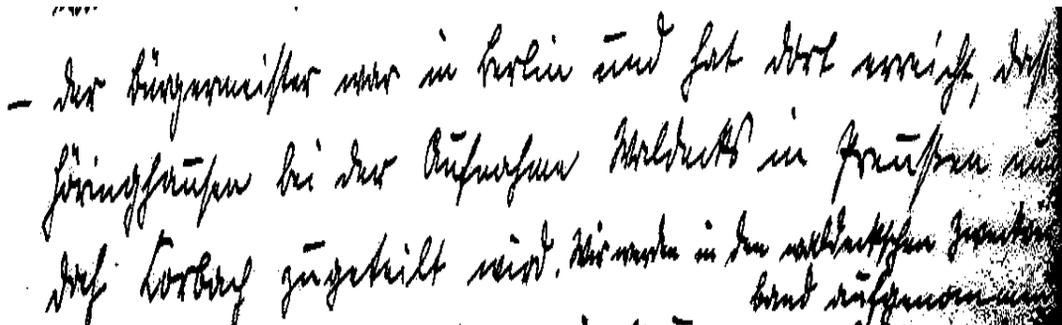
Wilh. Dreier, H. Wantrup.

Für die Fürstliche Verwaltung :

Schlag, Förster, Eierdey.

Aus der Schulchronik

„Der Bürgermeister war in Berlin und hat dort erreicht, daß Höringhausen bei der Aufnahme nun doch Korbach zugeteilt wird. Wir werden in den waldeckschen Zweckverband aufgenommen“.



- Der Bürgermeister war in Berlin und hat dort erreicht, daß Höringhausen bei der Aufnahme nun doch Korbach zugeteilt wird. Wir werden in den waldeckschen Zweckverband aufgenommen.

Mehrere Gemeinden innerhalb und außerhalb Waldecks haben Eingaben gemacht. Angeblich soll Höringhausen der einzige Fall gewesen sein, indem die Preußen ihre Pläne geändert haben.

„Dieses Schreiben ist der letzte Akt der Höringhäuser Eigenständigkeit“ sagte Prof. Dr. Menk vom Staatsarchiv Marburg, das wir, Heinz Mettenheimer, Herbert Dreier und ich, in den 1980er Jahren oft besuchten, und weiter: „Ihr Höringhäuser habt eine besondere Tradition“. Wir wußten nicht, was der Prof. Dr. Menk damit meinte. Erst als er 1989 den Beitrag „Dörfliche Eigenständigkeit am Beispiel Höringhausens“ in den „Geschichtsblättern für Waldeck“ veröffentlichte, war es mir klar.

Der Beitrag von Prof. Menk ist im Anhang dieser Präsentation zu lesen.

Es war aber nicht der letzte Akt.

Im Zuge der Gemeindereform und Bildung von Großgemeinden wurde Höringhausen ab 1. Oktober 1971 der Stadt Waldeck angeschlossen.

Der letzte Akt der Eigenständigkeit war die letzte Zusammenkunft der Gemeinderatsmitglieder der noch selbständigen Gemeinde Höringhausen abends in der Jagdhütte im „Schwarzen Bruch“ bei Kerzenlicht.

Bürgermeister Wilhelm Emmeluth verlas eine Dokumentation der Geschichte des Dorfes. Als letzten Satz sagte er:

„Um Schaden von unserem Dorf zu wenden, beugen wir uns der Gewalt“.
Als Gemeinderatsmitglied war ich dabei.

In den Geschichtsblätter für Waldeck, 77. Band, 1989, Seiten 45 bis 79, veröffentlichte Professor Dr. Menk den Beitrag „Dörfliche Eigenständigkeit und Initiative am Beispiel Höringhausens“.

Auf den Seiten 72 bis 76 kommentiert er das Schreiben der Höringhäuser:

„Der Genossenschaftsgedanke war innerhalb Höringhausens zu stark verwurzelt, als daß man die Chance zum Beitritt vertan hätte. Die Gründung einer Raiffeisenkasse 1889, mithin nur 9 Jahre nach der Einrichtung einer Molkerei unterstreicht noch einmal die Lebendigkeit des genossenschaftlichen Moments in der Gemeinde (130). Neben der Einrichtung der Molkerei schlug für Höringhausen noch sehr viel stärker zu Buche, daß es zu Anfang des 20. Jahrhunderts an die Bahnlinie zwischen Brilon-Wald und Fritzlar bzw. Wabern angeschlossen wurde (131). Die Eisenbahn verschaffte der Gemeinde nach der Fertigstellung 1912 einen wichtigen Standortvorteil. Waren so die besten Voraussetzungen für eine günstige wirtschaftliche Entwicklung gegeben, die die Gemeinde sich ebenso beharrlich wie durch die günstige Lage verschafft hatte, so ergab sich schließlich noch einmal im unmittelbaren Vorfeld der waldeckischen Anschlußverhandlungen an Preußen Anlaß, dem Wohle der Gemeinde besonderes Augenmerk zu schenken (132). Erst jetzt, als eine endgültige territoriale Arrondierung der Verhältnisse ins Auge gefaßt wurde, stellte sich wieder einmal Unmut in Höringhausen ein, der sich auch durch eine Stellungnahme Luft verschaffte. Als die Gemeinde bemerkte, daß sie mit dem Anschluß des waldeckischen Freistaates an Preußen in den Kreis der Twiste mit dem Sitz in Arolsen integriert werden sollte, schlug sie mit einem am 25. Februar 1927 veröffentlichten Schriftsatz Alarm (133). Der vervielfältigte Druck, der offenbar zur weiten Verbreitung vorgesehen war, richtete sich zwar nach außen hin an das Waldeckische Landesdirektorium, den verlängerten Arm der preußischen Verwaltung in Waldeck. Der eigentliche Adressat war wohl aber die preußische Regierung in Berlin, die als herausragender Entscheidungsträger in den anstehenden Verhandlungen erscheinen mußte. Darüber hinaus deutet die anspruchsvolle äußere Form des Druckes darauf hin, daß die Petition bzw. der Protest den Zweck verfolgen sollte, auf die breitere Öffentlichkeit zu wirken. Unterschrieben ist das Höringhausener Begehren sowohl von dem Gemeindevorstand, darunter an vorderster Stelle von Bürgermeister Figge, wie auch den acht Gemeindeverordneten. Aber auch der Schul- und Kirchenvorstand, der Handwerker- und Gewerbeverein sowie der Bauernverein unterzeichneten ein Begehren, das trotz aller Vielfalt unter der Bevölkerung Höringhausens (134) zum genannten Zeitpunkt doch von allen wichtigen - und dies läßt sich hinzufügen: außerordentlich zahlreichen - Gruppierungen und Organisationen mitgetragen wurde.

So unterzeichneten auch „für die Arbeiter“ zwei Mitglieder aus der Gemeinde das flammende Protestschreiben, und nicht zuletzt trat die Fürstlich Solmsische Verwaltung zu Lich, die in Höringhausen Güter besaß, für die Angliederung der Gemeinde an den Kreis des Eisenberges ein. Bemerkenswerterweise ist der Schriftsatz der Gemeinde nicht an das zuständige Landratsamt in Frankenberg oder aber an die Kasseler Regierung gerichtet, die seinerzeit noch für Höringhausen zuständig waren, sondern an das Waldeckische Landesdirektorium, das zusammen mit dem dreiköpfigen Landesausschuß die Anschlußverhandlungen mit dem preußischen Innenministerium führte. Wie schon während des Dreißigjährigen Krieges wenden sich die kommunalen Gruppierungen, die einen hohen innergemeindlichen Organisationsgrad erkennen lassen, auch diesmal unmittelbar an jene Institution, von der der größtmögliche Einfluß und damit zugleich ein absehbarer Erfolg zu erwarten stand. Offenbar hatte die Gemeinde, deren Bezugfeld sie zuvörderst selbst war, doch in den langen Jahren der Eigenständigkeit ein besonderes politisches Gespür für Nutzen und Nützlichkeit entwickelt.

In der Eingabe wird als Begründung für den Wunsch, künftig in den Kreis des Eisenbergs eingegliedert zu werden, an erster Stelle auf das bisherige Schicksal der Gemeinde verwiesen. Die Nachteile, die der Ort und seine Einwohner bislang aus der verwaltungsmäßigen Zugehörigkeit zu Hessen-Darmstadt bzw. zum Kreis Frankenberg erlitten hatten, sollten sich jedenfalls nach dem Willen der Höringhausener Einwohner fortan nicht mehr auf veränderter Grundlage fortsetzen. Vielmehr schien die anstehende Verwaltungsreform aufs beste geeignet, um immer wieder Aufgeschobenes nun nicht nur zu vollenden, sondern auch vernunftgemäß zu entscheiden - gerade dies war ja der Ansatzpunkt für die verwaltungsmäßige Neugliederung der Gemeinde. Der in die Form eines Protestes eingekleidete Schriftsatz, wie er aus Höringhausen zuerst einmal nach Arolsen gelangte, läßt schon aufgrund seiner scharfzüngigen Argumentation eindrücklich jenes besondere Selbstverständnis und Eigengewicht erkennen, das auch zuvor schon so deutlich nach vorne tritt, offenbar aber 1927 noch einmal einen Höhepunkt erleben sollte.

„Höringhausen gehörte bis zum Jahre 1866 zu Hessen-Darmstadt“, so leitet das Protestschreiben die Argumentation unter Rückgriff auf die Geschichte des Ortes ein. „Unsere Väter mußten noch zur Regierung nach Darmstadt und zum Gericht nach Gießen reisen“, stellt die Eingabe dann in überaus nüchterner Darstellung der Dinge fest. Zwar habe dieser „aus der Deutschen Kleinstaaterie sich ergebende Zustand“, der lange Reisen zu den zuständigen Behörden zur Folge hatte, 1866 eine kleinere Verbesserung erfahren, gleichwohl sei der Ort „in einer unglücklichen Lage verblieben; „Als kleine Enklave rings umgeben von Waldeckischem Staatsgebiet, befand sich die Bevölkerung isoliert von der Preußischen Verwaltung.“

Wegen seiner verhältnismäßig geringen Einwohnerzahl konnte die Landgemeinde Höringhausen keine eigene Verwaltungsorganisation schaffen, so daß die Einwohner das Landratsamt Frankenberg als die für sich zuständige Verwaltungsstelle betrachten mußten. "Die hier vorhandene Unterstellung, daß die Gemeinde mit seinerzeit doch rd. 850 Einwohnern (135) eigentlich eine eigene Verwaltung hätte besitzen bzw. ausbilden müssen, zugleich auch der sprachlich deutlich zum Ausdruck kommende Anspruch, sich die vorgesetzte Kreisverwaltung in Frankenberg sozusagen selbst ausgesucht zu haben, dokumentiert das überaus hohe Selbstwertgefühl einer Gemeinde, die dieses nur aufgrund der Lage und der historisch gewachsenen Bindungen innerhalb ihrer selbst ausbilden konnte. Auch weitere Passagen, in denen das Landratsamt zu Frankenberg lediglich als Auftragsverwaltung für den Ort angesehen wird, lassen die besondere Rolle der gemeindlichen Einheit in Verbindung mit einer zwar notwendigen, aber eigentlich doch nur ungerne geduldeten fremden Verwaltung klar hervortreten. Als „Staat im Staate“, wie es das französische Gutachten 1810 formuliert hatte, gerierte man sich inzwischen mit offenbar noch verstärkter Intensität in Höringhausen - und sah auch keinen Grund, dieses Ansinnen nach außen hin zu verschweigen. Nimmt man die Eingabe als Maßstab, dann war sich auch - und wohl gerade - im 20. Jahrhundert die Gemeinde selbst immer noch das Maß aller Dinge - und selbst für die preußische Behördenorganisation verblieb ein so beachtlich geringes Maß an Achtung, daß dies ebensoviel Beachtung wie Bewunderung verdient. Der durch Verwaltung erkennbare preußische Obrigkeitsstaat stellte jedenfalls für Höringhausen keine wesentliche Größe dar, kontrastierte er doch ganz auffallend mit jenem aus eigenen Wurzeln genährten gemeindlichen Selbstverständnis, das dieses vornehmlich, ja vielleicht sogar ausschließlich als Grundlage allen Handelns ansah.

Unterstrichen wird dieser Eindruck noch durch die kommentierenden Bemerkungen in dem Protestschreiben zu dem angeblichen Beschluß, Höringhausen zum Kreis der Twiste zu schlagen. „Wie man auf die Idee kommen kann, eine derartige Einteilung vorzunehmen, ist uns gänzlich unbegreiflich“, kritisiert die Eingabe an das Arolser Landesdirektorium die angebliche Entscheidung mit kaum verhüllter Schärfe. Mit einem solchen Vorgehen, so heißt es weiter, werde nicht mehr und nicht weniger als das Gemeinwohl verletzt - das höchste Gut, das traditionell wichtigen Entscheidungen im Mittelpunkt des staatlichen Interesses stehen sollte (136). In Fortsetzung der zuvor auch schon üblichen Deutlichkeit der Sprache fährt das Protestschreiben dann fort : „Man glaubt geradezu, Höringhausen sei vom Schicksal ausersehen, nicht nach Gründen des Allgemeinwohls, sondern nach Willkür verwaltet zu werden. Höringhausen, 1866 der Verwaltung von Hessen-Darmstadt, nunmehr auch bald der Verwaltung von Frankenberg entronnen, soll in Zukunft von Arolsen aus geleitet werden.“

Ein Laie und Fernstehender würde ohne weiteres es als selbstverständlich sowie als unbedingtes Gebot einer vernünftigen Verwaltungsreform bezeichnen, daß Höringhausen hinfort von seiner Nachbarstadt Corbach verwaltet wird.,,

Mit Entfernungsangaben, darüber hinaus der Betonung der engen Bindungen zwischen der Kreisstadt des Eisenberges und der Gemeinde Höringhausen unterstrich die Eingabe noch einmal ihre Absicht, die Angliederung Höringhausens an den Kreis der Twiste abzuwenden. „Wie innig die wirtschaftliche Verbundenheit mit Corbach geworden ist“, so heißt es hier, „zeigen deutlich die geschäftlichen Beziehungen mit der Kreissparkasse, der Bank der Landwirte des Kornhauses mit Höringhausen“ (137). Schon die Tatsache, „daß bei der Kreissparkasse in Corbach allein 175 Konten aus Höringhausen gehalten werden, daß es von jeher üblich war, die Mündelgelder aus Höringhausen bei der Corbacher Casse anzulegen“, müsse für sich sprechen. Aber auch die Rolle Korbachs als überregionaler Schulort für Höringhausen wurde bemüht, um die sehr viel engeren Bindungen zur Kreisstadt des Eisenbergs als zu jener der Twiste zu unterstreichen. „Die Fahrt zur Kreisbehörde nach Corbach würde daher nicht besonders zu veranschlagen sein“, schließt der gedruckte Schriftsatz, „da ja ohnehin ein dauerndes Hin und Her zwischen Höringhausen und Corbach stattfindet. „ Mit den vorgetragenen Argumenten glaubte man von seiten der waldeckischen Enklave „genügend dargetan zu haben, daß ein Anschluß Höringhausens an den Kreis der Twiste eine jeder rationellen Verwaltungsreform zuwiderlaufende, geradezu unsinnige und die Bevölkerung schädigende und verbitternde Maßnahme sein würde“. Um die Wucht der Argumente zu unterstützen, ist der Bürgermeister Höringhausens überdies noch eigens nach Berlin gefahren, um hier den Standpunkt der Gemeinde unmittelbar zu vertreten (138) - auch dies ein Beispiel für den Mut eines kleinen Selbstverwaltungskörpers, der offensichtlich sehr viel Kraft aus seinen historischen Traditionen schöpfte. Den mit Deutlichkeit auf verschiedenen Ebenen vorgetragenen Argumenten ist man schließlich auch nachgekommen, die Gemeinde wurde am 1. April 1929, wie von allen wichtigen gemeindlichen Organen und Vereinen gefordert, in den Kreis des Eisenberges integriert (139). Damit war nicht nur dem „Wunsch nach einer Neugliederung“ der Gemeinde Rechnung getragen, sondern zugleich eine der vielen historisch gewachsenen Anachronismen beseitigt, wie sie die territorialen Verhältnisse seit den Zeiten des Alten Reiches geschaffen hatten und bisweilen - freilich unter besonderen Bedingungen - bis in das 20. Jahrhundert fort dauern ließen.

Daß der Gemeinde Höringhausen mit der Veränderung der Verwaltungszugehörigkeit ein offenbar bereits langgehegter Wunsch erfüllt wurde, geht ebenfalls aus der Protestschrift in Form einer Petition hervor. Bei aller Schärfe der Sprache, die den Druck über weite Strecken hin auszeichnet, läßt er doch zumindest in einem Falle auch vermittelnde und versöhnliche Züge erkennen: nämlich im Hinblick auf den Anschluß an das bisher umgebende waldeckische Staatsgebiet. Schon lange nämlich, so wird hier bestätigt, habe die Gemeinde den Tag herbeigesehnt, „an dem sie dem Waldeckischen Gebiete angeschlossen werden würde“. Zumindest in der früheren hessen-darmstädtischen Gemeinde durfte deshalb auch der 1. April nicht so sehr als „frostiges Hochzeitsfest“ angesehen werden, wie man es für die Arolser Feierlichkeiten konstatieren mußte 140), sondern hier wird man sich über den Vollzug eines langgehegten Wunsches gefreut haben. Daß der preußische Staat vor wie nach dem 1. April 1929 den staatlichen Rahmen für Höringhausen bildete, blieb unter den genannten Gesichtspunkten so gut wie ohne Beachtung - die Gemeinde fühlte sich weitgehend ihren eigenen, historisch gewachsenen Interessen verpflichtet, weniger dagegen jenen des größten Einzelstaates in der Weimarer Republik, dem man erst seit 1867 angehörte.

Höringhausen, 4. Jan. Für die preußische Enklave Höringhausen, bestehend aus dem über 800 Seelen zählenden großen Dorfe Höringhausen, einigen Höfen und Mühlen, bringt der kommende 1. April des neuen Jahres infolge des Anschlusses Waldecks an Preußen eine ganze Reihe von Veränderungen. Zunächst erfolgt die Abtrennung vom Kreise Frankenberg und die Angliederung an den Kreis des Eisenbergs bzw. An den künftigen Einheitskreis Waldeck mit Sitz in Corbach. Damit entfällt auch die Zugehörigkeit zum Amtsgericht Vöhl, zum Finanzamt in Frankenberg usw. Die Schule wird ebenfalls dem Kreisschulrat des Kreises Frankenberg nicht mehr unterstehen, sondern demjenigen in Arolsen bez. Corbach. Auch in Fragen der Landjägerei bzw. Polizei dürften Aenderungen bevorstehen. Bedenkt man die weiten Wege zur bisherigen Kreisstadt Frankenberg, die über unsere Nachbarstadt und künftige Kreisstadt Corbach hinausführten, bedenkt man weiter, daß das wirtschaftliche Leben schon bisher immer auf Corbach eingestellt war; denn das macht an den vielfach willkürlich gezogenen Landesgrenzen keinen Halt, so begrüßt unser Dorf die einzig natürliche und nunmehr wirklich werdene Verbindung mit der aufstrebenden Stadt Corbach.

Üebnahme der Enklaven Höringhausen und Gimelrod in den Bezirk des Finanzamts Corbach.

Mit dem Anschluß des Landes Waldeck an Preußen am 1. April d. Js., werden gemäß § 5 Abs. 3 des Staatsvertrages zwischen Preußen und Waldeck über die Vereinigung Waldecks mit Preußen vom 23. März 1928 die Gemeinden Höringhausen, Gimelrod, Weissfeld und Hemmighausen vom Kreise Frankenberg abgetrennt und mit dem Kreise des Eisenbergs vereinigt werden. Vom gleichen Zeitpunkt ab gehören diese Gemeinden zum Bezirk des Finanzamts Corbach.

Das Finanzamt Corbach wird auch die Verwaltung der Grunderwerbsteuer und der Gewerbesteuer für die bezeichneten Gemeinden übernehmen.

Corbach, den 19. März 1929.

Das Finanzamt.

Am 2. Juni 1929 fanden die ersten Kreistagswahlen im Kreis des Eisenbergs mit Höringhäuser Beteiligung statt.

Der Höringhäuser Wahlvorstand waren der Bürgermeister H. Figge und der Beigeordnete H. Schluckebier.

Die Höringhäuser stellten eine eigene, ausgewogene Liste „Höringhausen“ auf.

Waldeckische Landes=Zeitung 1929:



Zur Wahl standen 10 Partei – Listen:

So wählten die Höringhäuser bei der Kreistagswahl 1929:

Liste Höringhausen, 173 Stimmen,

Handwerkerliste, 8 Stimmen,

SPD, 3 Stimmen,

Chr. Nat. Bauern und Landvolkpartei, 2 Stimmen,

Liste Bangert – Sopp, 2 Stimmen,

Kommunistische Partei, 2 Stimmen,

Liste für Kriegsoffer, Invaliden und Kleinrentner, 60 Stimmen,

Nat. Soz. Deutsche Arbeiter – Partei, 17 Stimmen.

Bemerkenswert, von 88 abgegebenen Stimmen unseres Nachbardorfes Strothe entfielen 58 Stimmen auf die Liste „Höringhausen“.

In den Keistag wurde Heinrich Schluckebier, Höringhausen, Haus Nr. 38 gewählt.

